

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 60 35/36  
Telefax: 6 85 646 ppbn d  
Telefax: 21 05 64

## Inhalt

Horst Niggemeier MdB zum  
Abschneiden der DDR-SPD  
bei den Volkskammerwahlen:  
Tatsächliche Chancengleich-  
heit hat es nicht gegeben.  
Seite 1

Hans Büchler MdB zum Bon-  
ner Eingeständnis, daß die  
Einheit nicht schnell realiser-  
bar ist: Den DDR-Wählern  
wurde etwas vorgegaukelt.  
Seite 3

Carmen König MdL zu einem  
Vorstoß der Staatsbrauerei  
Weihenstephan gegen das Ge-  
bot neutraler Stellenausschrei-  
bungen: Beim Bier mag die  
bayerische Staatsregierung kei-  
ne Frauen.  
Seite 4

Wolf-Michael Catenhusen MdB  
zu den Aufgaben der SPD im  
Diskurs um Chancen und Ri-  
siken der Gentechnologie: Die  
Gesellschaft im Umgang mit  
der Forschung orientieren.  
Seite 5

45. Jahrgang / 56

21. März 1990

Tatsächliche Chancengleichheit hat es nicht gegeben

Zum Abschneiden der DDR-SPD bei den Volkskammerwahlen

Von Horst Niggemeier MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Man mag im nachhinein über den Wahlkampf der DDR-SPD sagen, was man will. Im vorhinein stand jedoch schon fest, daß die SED und ihre Blockparteien materiell und personell gegenüber der am 7. Oktober in der Illegalität gegründeten SPD deutlich im Vorteil waren. Tatsächliche Chancengleichheit hat es nicht gegeben.

Weder Modrow und Gysi von der „Partei der Schuldigen“ (PDS) waren zur Schaffung der Chancengleichheit bereit, noch konnte die SPD aus eigener Kraft diesen organisatorischen Nachteil - auch nicht mit Hilfe der West-SPD - ausgleichen.

Diese Feststellung gehört mit zu den objektiven Bewertungskriterien des Wahlkampfes und seines Ergebnisses.

Landesweit mußte die SPD in nur wenigen Wochen nach ihrer Gründung die ersten Mitglieder werben, sich um Büros, Papier, Schreibmaschinen und Kopierer bemühen, eine eigene Programmatik für die zukünftige Arbeit entwickeln und gleichzeitig eine demokratische Parteistruktur aufbauen.

Und was stand und steht für diese Fülle von politischen Aufgaben zur Verfügung?! Mal abgesehen von einigen größeren Städten, in denen es schneller gelang, Parteibüros (manchmal sogar sofort mit Telefon) einzurichten, blieb es auf dem flachen Land und in den kleineren Städten bei den unsäglich schwierigen Startbedingungen der SPD bis hin zum Wahltag.

Aus einer ersten Infas-Analyse über die DDR-Wahl muß man sich diesen Satz merken: „Je kleiner der Ort, umso größer der Anteil der für eine Partei der Allianz abgegebenen Stimmen.“

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with recycled paper  
and 100% recycled paper



Das kann nicht überraschen. Die Organisationsstrukturen der SED und der Blockparteien hatten insbesondere auf dem flachen Land die November-Revolution nahezu unbeschadet überstanden. Trotz der Massenausstritte bei der SED behielt die „Partei der Schuldigen“ (PDS) noch weit über eine halbe Millionen „kampfgestählte“ Mitglieder und auch bei der CDU stand ein Potential von 140.000 Mitgliedern für den Kampf ums Überleben zur Verfügung. Auch Geld stand - verglichen mit der SPD - ausreichend zur Verfügung.

Dazu kamen noch die parteitreuen Funktionäre in den staatlichen Verwaltungen und Betrieben mit ihren Apparaten.

Völlig richtig beschreibt ein Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nach der Wahl die Lage so:

„Wie dickes Packeis bedecken die Strukturen des verflissenen Regimes für die Menschen noch immer das Land.“

Die Sozialdemokraten in der DDR waren - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen - regelrechte „Feierabendpolitiker“, die erst nach getaner Arbeit Wahlkampf und Aufbauarbeit leisten konnten. Untereinander fehlten die Kommunikationsmöglichkeiten - keine Telefone, wenig Autos - und die Zeitungen befanden (und befinden sich) in den Händen der SED und ihrer Blockparteien.

In diesem Wahlkampf gab es für die SPD in der DDR keine Chancengleichheit. Selbst die Unterstützung durch die Bundes-SPD konnte diese strukturellen Nachteile für die Sozialdemokraten gegenüber PDS und CDU nicht ausgleichen.

Wer zum Beispiel in den Dörfern und kleinen Städten in der DDR das Übergewicht an PDS- und CDU/DSU-Plakaten bemerkte, sollte die vorgenannten Fakten nicht übersehen.

Die wenigen Wochen bis zur Kommunalwahl am 6. Mai bieten eine hauchdünne Chance, noch einige Verbesserungen an der Organisationsstruktur der SPD in der DDR vorzunehmen. Für die vielen Aufgaben - Auswahl der Kommunalwahlkandidaten bei relativ geringer Personaldecke zum Beispiel oder Formulierung von ortsspezifischen Wahlaussagen - steht wiederum zu wenig Zeit zur Verfügung. Und auch eine schlagkräftige Parteiorganisation mit allem, was dazu gehört, wird bis dahin nicht aus dem Boden zu stampfen sein. Das ist ja auch - mit Verlaub gesagt - der SPD auf kommunaler Ebene in einigen Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis heute noch nicht gelungen.

(-/21.3.1990/rs/ks)

\* \* \*

**Den DDR-Wählern wurde etwas vorgegaukelt**

Zum Bonner Eingeständnis, daß die Einheit nicht schnell realisierbar ist

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Einen Tag nach der Parlamentswahl in der DDR hat die Bundesregierung ihre vorher gegebenen Versprechen bereits wieder kassiert. Nachdem es mit der vollmundigen Ankündigung, der Beitritt der DDR nach Artikel 23 Grundgesetz werde alsbald erfolgen, gelang, der konservativen Allianz zu einer Mehrheit zu verheifen, wird jetzt bereits zum Rückzug geblasen. Nun wird auch unserer Forderung - von Oskar Lafontaine schon vor längerem erhoben - entsprochen, das Notaufnahmeverfahren abzuschaffen.

So verwies der Bundeskanzler am Montag vor dem CDU-Partei Vorstand und in seiner Rede vor der Bonner KSZE-Konferenz - durchaus realistisch - darauf, daß der Einigungsprozeß Zeit braucht. Erst müsse die Volkskammer die Arbeiten an einer Rahmengesetzgebung für eine Wirtschaftsreform und die Sozialunion in Angriff nehmen. Hier wird schon im voraus der DDR die Schuld zugewiesen, falls alles nicht so schnell geht.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Dregger, meint im Deutschlandfunk, die zum Inkrafttreten einer Beitrittserklärung erforderlichen Gesetze müßten zunächst zwischen beiden Regierungen abgeprochen werden. Die Währungs- und Sozialunion könne erst eingeführt werden, wenn auch die Bundesbank darüber entschieden habe. Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Frau Wilms, sagt im „General-Anzeiger“, die anstehenden schwierigen Prozesse enthielten viele Probleme, man könne nicht in der nächsten Woche drüben die DM einführen und eine Woche darauf die staatliche Einheit.

Mit der entgegengesetzten Parole, nämlich, daß die Einheit gleich nach der Wahl verwirklicht werde, hantierte man im DDR-Wahlkampf. Jetzt wissen die Wählerinnen und Wähler in der DDR, daß ihnen etwas vorgegaukelt wurde, was sich so nicht realisieren läßt.

Die Bundesregierung drückt sich nach wie vor um eine Antwort auf die Frage herum, wie die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion finanziert werden soll. Dregger schließt Steuererhöhungen kategorisch aus und Frau Wilms versteigt sich zu dem Versprechen, die finanziellen Aufwendungen für die DDR würden niemanden direkt in seinem Portemonnaie treffen, niemand in der Bundesrepublik werde „auch nur in die Nähe einer Einschränkung seiner materiellen Situation geraten“ („General Anzeiger“ vom 20. März 1990).

Jetzt erweist sich, daß die von der Union betriebene Anschlußkampagne leichtfertig und unverantwortlich war. Nicht einmal zu den versprochenen Soforthilfen gibt es Signale aus dem Regierungslager.

Stück für Stück wird in den nächsten Wochen und Monaten den DDR-Bürgern die Wahrheit aufgetischt werden: Der Einigungsprozeß kostet - schon im Hinblick auf die internationale Einbindung - Zeit. Wahltag ist Zahltag! Daran werden die Bürgerinnen und Bürger in beiden Staaten den Bundeskanzler messen.

(-/21.3.1990/rs/ks)

Beim Bier mag die bayerische Staatsregierung keine Frauen

Zu einem Verstoß der Staatsbrauerei Weihenstephan gegen das Gebot  
neutraler Stellenausschreibungen

Von Carmen König MdL

Beim Bier will die Staatsregierung alles schon in Männerhänden lassen - zumindest bei der Herstellung und beim Vertrieb. Wo sie direkt die Möglichkeit hat, Frauen auszuschließen, nutzt sie diese Möglichkeiten eifrig. Beispielsweise für das Rechnungswesen der Staatsbrauerei Weihenstephan bevorzugt sie „Bewerbungen von Herren“, wie ein Inserat in der örtlichen Zeitung beweist. Diese Praxis eines staatlichen Unternehmens ist ein glatter Verstoß gegen den Beschluß des Bayerischen Landtags, Stellenausschreibungen neutral zu halten und Frauen gerade im öffentlichen Dienst zu fördern.

Im Freisinger Anzeiger annoncierte die Staatsbrauerei Weihenstephan wie folgt:

„Wir suchen zum 1. April 1990 oder später unseren Leiter des Rechnungswesens. Der Stelleninhaber führt und überwacht die Buchhaltung. Er ist dem Direktor direkt unterstellt. Zu seinem Aufgabenbereich gehören Bilanzerstellung... Wir bevorzugen Bewerbungen von Herren, Alter ab 35 Jahren mit solider Ausbildung, die bereits eine Tätigkeit in verantwortlicher Position... im Rechnungswesen nachweisen können.“

In einer Schriftlichen Anfrage will ich nun die Gründe wissen, die zu diesem Affront gegen den erklärten Willen des Landtags geführt haben. Meine Fragen:

1. Wie hat die Bayerische Staatsregierung den Beschluß des Bayerischen Landtags vom 22. Juli 1986 - „Stellenausschreibungen erfolgen geschlechtsneutral. Sie sind so zu gestalten, daß sich auch bei gewerblich-technischen Berufen Frauen angesprochen fühlen“. (Drucksache 10/11248) - zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst vollzogen?
2. Hat die Staatsregierung diesen Beschluß allen Behörden bekanntgegeben und auch an alle Firmen und Gesellschaften weitergeleitet, die sich ganz oder teilweise in staatlichem Besitz befinden?
3. Wie wird der Vollzug des oben genannten Beschlusses überwacht? Werden Stellenausschreibungen beispielsweise vor ihrer Veröffentlichung den Frauenbeauftragten vorgelegt?
4. Wie bewertet die Staatsregierung die Tatsache, daß die Staatsbrauerei Weihenstephan die vorgenannte geschlechtsspezifische Anzeige veröffentlicht hat? Will sie Maßnahmen in die Wege leiten, um geschlechtsspezifische Stellenanzeigen für die Zukunft auch bei Firmen und Gesellschaften auszuschließen, die sich ganz oder teilweise in staatlichem Besitz befinden?

Bleibt die Frage: Wie geht es weiter? Kommt jetzt als nächstes das Biertrinkverbot für Frauen - zumindest für das staatliche Hofbräuhaus oder im traditionsreichen finanzministeriellen Hofbräuhaus in München? Samt Hofbräukeller und Landtagsgaststätte? Übrigens - ein Biertrinkverbot für Frauen in der Öffentlichkeit gab es doch schon einmal...  
(-/21.3.1990/rs/ks)

\* \* \*

### Die Gesellschaft im Umgang mit der Forschung orientieren

Zu den Aufgaben der SPD im Diskurs um Chancen und Risiken der Gentechnologie

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Hans Jonas hat in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels davon gesprochen, daß „vielerorts Zurückhaltung zum Gebot“ für den Umgang der Gesellschaft mit der Gentechnologie werden müsse. Ich denke, daß dieses Gebot auch die Aussagen der SPD zur Gentechnologie bestimmen sollte. Wir haben versucht, unser Verständnis von Zurückhaltung gegenüber der Gentechnologie zu entwickeln und zu verdeutlichen, wo und wie sie angebracht ist. Zurückhaltung kann nicht allgemein heißen, daß wir uns vor den möglichen Folgen naturwissenschaftlicher Erkenntnisse durch Verbot von Erkenntnisprozessen, von Wissenschaft zu schützen versuchen sollten. Sprünge im naturwissenschaftlichen Erkenntnisprozeß eröffnen dem Denken und Handeln des Menschen immer wieder neue Dimensionen, sie ändern auch ethische Bewertungsmaßstäbe und bringen Herausforderungen ebenso wie Versuchungen.

Wir müssen aber die heute funktionierenden Mechanismen bei der Entwicklung von Wissenschaft und Technik ändern: Wir müssen sicherstellen, daß in Zukunft bei der Entscheidung über die Finanzierung von Forschung und Entwicklung gesellschaftliche Zielsetzungen verstärkt in die Entscheidung über Prioritäten eingebracht werden. An dieser Entscheidung muß das Parlament verpflichtend beteiligt werden. Wir Sozialdemokraten sprechen uns dagegen aus, öffentliche Mittel für die gentechnische Züchtung herbizidresistenter Pflanzen zur Verfügung zu stellen. Wir Sozialdemokraten sprechen uns gegen eine Konzentration der öffentlichen Fördermittel für die Genforschung auf das Prestigeprojekt der Erstellung einer Genkarte des Menschen aus. Und gerade für den Bereich der Genforschung gilt die Aussage unseres Grundsatzprogramms: „Wenn es die Würde des Menschen, das Recht auf Leben oder der Schutz der Natur erfordern, hat der Staat das Recht und die Pflicht, mit Verboten und Auflagen in die Forschung einzugreifen“. Es ist auch unsere politische Aufgabe, Grundrechte und Grundwerte der Verfassung gegen ihre Gefährdung durch neue Technologien wie die Gentechnik zu schützen.

Die Gentechnik ist eine moderne Wissenschaft mit hohem Prestigewert. Wir Sozialdemokraten wollen nicht, daß durch das momentane Prestige dieser High-Tech-Wissenschaft alternative Ansätze in Biologie und Medizin verkürzt oder verdrängt werden. Unsere Gesellschaft darf sich nicht auf Gedeih und Verderb von einer neuen Basisinnovation abhängig machen, die dazu - wie alle neuen Basisinnovationen - allein kein großes gesellschaftliches Problem wird lösen können.

Wir haben aber auch überlegt, wie wir das Gebot der Zurückhaltung gegenüber der Gentechnologie in ein Konzept der Technikgestaltung umsetzen können.

Wir müssen parallel zur Entwicklung einer Technik, die unser Wissen über die Natur und uns Menschen, aber zugleich auch unsere Eingriffsmöglichkeiten in das Leben auf eine qualitativ neue Stufe hebt, einen Rahmen entwickeln, der die Erwartungen der Gesellschaft an einen verantwortlichen, verantwortbaren Umgang mit neuen Techniken beschreibt und, wo es nötig ist, Grenzen zieht.

Dies kann nur gelingen, wenn schon im Prozeß der Technikentwicklung selbst ein öffentlicher Diskurs auf der Basis eines kontinuierlichen Prozesses der Technikbewertung und Technikfolgenabschätzung erfolgt. Er ist Ausgangspunkt und Basis für die Verständigung über gesellschaftlichen Entscheidungsbedarf. Der Prozeß der Technikfolgenabschätzung, der durch die von uns Sozialdemokraten initiierte Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ begonnen worden ist, muß fortgesetzt werden. Er muß noch stärker als bisher für die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen geöffnet werden. Gesellschaftliche Diskurse über die Folgen von Wissenschaft und Technik sind nicht ohne Teilnahme, ohne die Argumente von Wissenschaftlern und Technikern möglich. Sie sind für uns Sozialdemokraten unverzichtbare Gesprächspartner. Wir brauchen aber dazu auch eine neue Art von Transparenz der Forschung gegenüber der Gesellschaft. Dies ist eine Bringschuld der Wissenschaft. Ich halte es für sehr bedauerlich, daß etwa im Unterschied zu den USA innerwissenschaftliche Kontroversen über Wissenschaft und Technik in der Bundesrepublik meist nicht öffentlich werden. Wir brauchen auch in der Bundesrepublik Deutschland so etwas wie ein „Committee for Responsible Genetics“, ein Komitee für einen verantwortlichen Umgang mit der Gentechnik, das interdisziplinär von Wissenschaftlern getragen wird und die Öffentlichkeit in seine Arbeit einbezieht.

Gesellschaftliche Diskurse müssen auch dort Folgen haben, wo Handlungsbedarf der Politik ermittelt wird. Wir haben auf unserer Fachtagung über Gentechnologie über das hohe, eher noch zunehmende Tempo des Wissenszuwachses in der Gentechnik gesprochen. Nationale Politik kann der Wissenschaft schon Ziele, aber nicht das Tempo vorgeben. Erkenntniszuwachs ist mit Mitteln nationaler Politik nur in Einzelfällen abzubremsen, da uns das weltweit erzeugte Wissen zur Anwendung, zur Vermarktung zur Verfügung steht. Das Bild vom Hasen und Igel wurde wiederholt zur Kennzeichnung des Wettlaufs der Politik mit technischen Entwicklungen gebraucht. Wir müssen beides tun: Den Hasen auf Trab zu bringen und dem Igel einige Stacheln ziehen. Wir können nie zur Stelle sein, bevor eine wissenschaftliche Erkenntnis in der Welt ist. Wir können aber versuchen, dann möglichst schnell dabei zu sein.

Unser Instrumentarium zur Technikgestaltung ist begrenzt, es muß aber rechtzeitig angewandt werden. Die parlamentarische Demokratie, aber auch die Strukturen der Arbeit unserer Partei, sind auf den Prozeß der Technikgestaltung nur unzureichend vorbereitet. Hier wie da müssen die Reservate der Fachpolitiken erbarmungslos eingerissen werden. Technikgestaltung meint viel mehr als gesetzgeberische Entscheidungen. Aber sie sind für die Gentechnologie auch notwendig. Ich nenne beispielhaft ein Genomanalysengesetz, das nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion die Nutzung der Genomanalyse im Rahmen arbeitsvertraglicher Beziehungen ausschließen sollte.

Stärker als die Frage „Darf Gentechnik denn sein?“ hat uns auf unserer Tagung die Frage bewegt: „Muß Gentechnik wirklich sein?“ Auch diese Frage ist nicht pauschal zu beantworten. Hier ist in vielen Bereichen Realismus, vielleicht sogar Skepsis angebracht. Zu viele der großen Versprechungen, die Wissenschaftler und Gründer von Genfirmen gemacht hatten, haben sich nicht oder nur eingeschränkt erfüllt. Zumindestens kurzfristig ist der Traum vom Bio-Boom verfliegen. Brauchen wir gentechnisches Insulin wirklich? Oder gar Bier, das mit gentechnischer Hefe gebraut wird? Sollte das Geld für Höchstertagsorten bei Pflanzen nicht sinnvoller für die Förderung des ökologischen Landbaus eingesetzt werden? Die Suche nach dem sinnvollsten, sozial und ökologisch und ökonomisch verträglichsten Weg zur Erfüllung gesellschaftlicher Nachfrage, gesellschaftlicher Bedarfsfelder ist notwendig. Hier müssen, von Bedarfsfeldern ausgehend, alternative Wege geprüft werden, soweit sie vorhanden sind. Dies müssen übrigens nicht die Alternativen mit oder ohne Gentechnologie sein.

Umweltschutzgesetzgebung und EG-Agrarmarkordnung werden übrigens darüber entscheiden, ob die Strategie der Entwicklung herbizidresistenter Pflanzen für den Landwirt und den Pharmakonzern ökonomisch interessant bleibt. Die Ausgestaltung des Arzneimittelzulassungsverfahrens wird neben den Ergebnissen der klinischen Tests über die künftige Bedeutung gentechnischer Arzneimittel entscheiden. Wir wissen heute, daß sie als technisch hergestellte körpereigene Substanzen des Menschen damit keineswegs qualitativ bessere Arzneimittel sind. Sie eröffnen aber zweifellos dort, wo neue Substanzen hergestellt werden, neue Therapieansätze. Aber vielleicht gibt es bei ihnen auch neuartige Nebenwirkungen. Bei der Beantwortung der Frage, brauchen wir überhaupt die Gentechnik, sollten wir nicht vergessen, daß es in unserer Gesellschaft durchaus unterschiedliche Meinungen darüber geben kann, was überflüssig ist.

Wir haben aber auch auf unserer Konferenz die Frage nicht abschließend beantworten können, wie wir mit den künftigen Möglichkeiten der vorgeburtlichen Diagnostik unter Nutzung der Gentechnik umgehen wollen. Individuelle Ablehnung dieser Methode muß nicht automatisch dazu führen, daß ich versuche, meine persönliche Wertentscheidung mit Hilfe des Gesetzgebers der Gesellschaft als Norm mit Strafandrohung vorzugeben. Die Diskussion in der SPD, die seit Jahren läuft, muß gebündelt werden. Sie ist auch notwendig, um unsere Diskussion zu öffnen. Die SPD muß auf ihrem nächsten ordentlichen Parteitag ihren Beitrag zu einem breiten gesellschaftlichen Konsens über Maßstäbe eines verantwortlichen Umgangs mit der Gentechnik durch eigene Beschlüsse leisten.

Die SPD tut sich mit Technikdiskursen nicht leicht. Das zeichnet unsere Partei aus. Denn die SPD vereinigt in sich durchaus unterschiedliche Einstellungen zu wünschbaren Zukünften, die wir fruchtbar dazu nutzen sollten, breit konsensfähige Beiträge zur Orientierung für den Umgang der Gesellschaft mit neuen Technologien zu erbringen, bei der der Umgang mit neuen Techniken nicht von der Dimension des ökonomischen Nutzens allein bestimmt bleibt. (-/21.3.1990/rs/ks)